**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Orsrates Unterstedt
vom 20.11.2014**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 22:36 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

von der Verwaltung anwesend:

BGM Andreas Weber

Erste Stadträtin Bernadette Nadermann

StAR Stephan Lohmann

Frau Sylvia Hellwig

Protokollführung

Zuhörer: 9

Presse: 1

Einwohnerfragestunde:

Aus der Zuhörerrunde wird die Frage nach dem Stand der Arbeiten in der Straße Am Schützenholz gestellt. StAR Lohmann gibt dazu die Auskunft, dass die Arbeiten voran gingen, auch mit dem Kanalbau, sowie die Bäume dort am Spielplatzgrundstück gefällt worden seien. Ein Zuhörer fragt, ob es eine neue Stromleitung gäbe, da eine angekratzt bzw. durch sei. StAR Lohmann antwortet darauf, dass die Leitungen leider in der Vergangenheit nur 20, 30 cm tief verlegt worden seien und jetzt beim Abfräsen unerwarteter Weise beschädigt wurden. Nun würden Leitungen tiefer verlegt werden, damit sie in Zukunft schadlos blieben. Die Arbeiten würden weiter gehen in Koordinierung mit den Stadtwerken bzw. der Fa. Gerken. OBM Lüttjohann hat größtes Vertrauen in die Stadtwerke, dass die Leitung durch die Stadtwerke bzw. die Straßenbaufirma wieder fachgerecht hergestellt werde.

Eine weitere Frage aus dem Zuhörerkreis richtet sich dahin, ob es möglich sei, einen Wasserhydranten zu setzen zwischen Marreck und Kettenburg. An der Stelle gäbe es drei Gewerbebetriebe. Bei der letzten Simulation eines Feuers habe es ca. 10 Minuten gedauert, bis frisches Löschwasser heran gebracht worden sei, nachdem der Tankwagen geleert worden sei. Zum nächstliegenden Hydranten sei die Bahnstrecke dazwischen. So sei es doch vielleicht sinnvoll, einen weiteren Hydranten zu installieren. OBM Lüttjohann bietet an, dies Thema bei der nächsten Tagung des Vorstandes vom Wasserversorgungsverband anzusprechen und abzuklären, in wie weit es da eine Möglichkeit gibt. ORM Emshoff ergänzt, dass sich Begebenheiten durchaus im Laufe von 20 Jahren änderten; daher sei es sinnvoll, die Anbringung eines Hydranten an der Stelle zu erörtern. Die Wasserstelle bei Vogels sei keine öffentliche Wasserentnahmestelle, dazu nur begrenzt, da es sich um eine Zisterne handle und eben durch die Bahnstrecke getrennt sei.

Ladung und der Beschlussfähigkeit

OBM Lüttjohann eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung, stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen worden ist und der Ortsrat beschlussfähig ist.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge VorlNr.

Die Tagesordnung wird mit den TOP's der Erweiterung ergänzt; TOP 7 „Unterstedter Termine 2015“ wird TOP 10. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend nach hinten.

Die Tagesordnung wie mit den dazu vorliegenden Anträgen so festgestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschriften vom 25.09.2014 und 23.10.2014 VorlNr.

ORM Tiede möchte zu der Niederschrift vom 23.10.14 aus dem nicht öffentlichen Teil im weiteren Verlauf der Sitzung noch eine Anmerkung machen.

An der Stelle begrüßt OBM Lüttjohann die Erste Stadträtin Bernadette Nadermann sowie Herrn Bürgermeister Andreas Weber und überreicht beiden ein Willkommensgeschenk. OBM Lüttjohann hofft, die vielseitigen Aufgaben in der nächsten Zukunft gedeihlich miteinander zu bewältigen.

Danach stellt sich Erste Stadträtin Frau Nadermann kurz vor.
Sodann spricht BGM Weber einige Worte an die Anwesenden der Sitzung.

Beschluss:

Die Niederschrift vom 25.09.2014 wird bei 1 Enthaltung genehmigt.

Die Niederschrift vom 23.10.2014 wird vorbehaltlich der Überprüfung und Ergänzung des Wortbeitrages von ORM Tiede zu TOP 10 bei 1 Enthaltung genehmigt.

TOP 4 3. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung für die Friedhöfe Mulmshorn, Unterstedt und Waffensen der Stadt Rotenburg (W.) und 7. Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung für den Friedhof Unterstedt VorlNr. 0684/2011-2016

Einleitend gibt OBM Lüttjohann bekannt, dass am vergangenen Sonntag der Stein der Familie Feller in Anwesenheit des Herrn Feller offiziell übergeben worden sei. Es sei somit diesmal ein besonderer Volkstrauertag begangen worden, auch im Hinblick auf den 100. Jahrestag anlässlich des Ausbruchs des 1. Weltkrieges.

Sodann erläutert StAR Lohmann Ergänzendes zu der Vorlage. Die Änderungs-Satzung zur Friedhofssatzung soll zum 1.1. nächsten Jahres offiziell in Kraft treten. Laut Belegungsplan seien rund 98 Urnengräber vorgesehen sowie 19 Sargbestattungen auf der Fläche des Grabfeldes möglich. Die Option, Sargbestattungen noch zu erweitern, wäre so laut Skizze nicht möglich, da ein Maß zu kurz angenommen worden sei. Letztendlich könne immer noch gesehen werden, wie sich die Situation darstellt, wenn alle 19 Sarggrabstellen belegt seien; zwei bis vier weitere Grabstellen könnten wohl noch hinzu kommen, wenn es denn erforderlich sein sollte. Das wäre im Wesentlichen der Kern der Satzungsänderung. Der Gebührentatbestand des anonymen Grabes gäbe es zukünftig somit nicht mehr.

Beschluss:

Der Ortsrat empfiehlt den Beschlussvorschlag lt. Beschlussvorlage Nr. 0684/2011-2016 einstimmig.

TOP 5 Brückenbau und Straßennutzung

VorlNr.

OBM Lüttjohann berichtet von einer Zusammenkunft am 13.11.2014 mit ihm, Herrn Ahrens, Herrn Casanueva und dem Bauleiter der Firma, die den Flutbrückenbau demnächst koordinieren und betreiben werde. Die Zuwegung Am Vieh sei vermessen und in den Bestand aufgenommen worden im Hinblick auf den Nachweis von evtl. Schäden, die im Zuge des zu erwartenden Schwerlastverkehrs dort auftreten können. Es sei in der Zusammenkunft darauf hingewiesen worden, dass Seitenräume durch Dreiachser massiv in Mitleidenschaft gezogen bzw. zerstört würden. Daher würden Maßnahmen getroffen mit Aufschotterungen und tlw. Verbreiterung von Seitenräumen, damit sich der Lkw-Verkehr an betreffenden Stellen Richtung Klärwerk z.B. begegnen könne. Anschließend würden diese Bereiche asphaltiert. Diese Asphaltdecke solle liegen bleiben, damit man auch zukünftigem landwirtschaftlichen Verkehr Richtung Klärwerk eine bessere Einfädelmöglichkeit bieten könne. Es sei auch darauf hingewiesen worden, dass das „Sichtdreieck“ freizuhalten sei für Fahrradfahrer und den Verkehr auf der Bundesstraße. Im weiteren Verlauf Zum Doinsbrook Richtung Kläranlage soll die Abbiegung zur Kläranlage mit Mineralgemisch und Schotter verfestigt werden für den Lkw-Verkehr. Sämtliche Feldwege, die mit Mineralschotter erstellt worden seien bei der Flächenzusammenlegung, sollen laut Festlegung im Laufe der Baumaßnahme laufend geglättet und unterhalten werden und nach Ende der Maßnahme in einen glatten, sauberen Zustand wieder hergestellt werden. OBM Lüttjohann berichtet davon, dass der erste Lkw-Verkehr den Horstdamm entlang gebettet wäre. Er habe mit den betreffenden Firmen gesprochen und auf die besondere Beschaffenheit dieses Moordammes sowie auf Kosten durch evtl. Beschädigungen hingewiesen. Daraufhin sei kein Lkw-Verkehr mehr den Horstdamm entlang gefahren. Bei der Zusammenkunft am 13.11.14 sei daher auch vereinbart worden, dass dort ein Schild „Durchfahrt verboten“ aufgestellt werde; ausgenommen sei dort wie auch Am Westermoor nur der örtliche landwirtschaftliche Verkehr. Die gesamte Umbaumaßnahme würde mindestens zwei Jahre Bauzeit beanspruchen. Der Aufwand für die Firma würde sich mit allen Vorbereitungen und Nachbereitungen einschließlich Rückbau zum Erreichen des Standortes in einem Millionenbereich bewegen.

ORM Emshoff findet es gut, dass man auf das Vorhaben ein Auge habe. Dort müsse in großen Dimensionen gearbeitet werden. Weil sich in nächster Nähe die Wümme-Niederung befände, ein FFH-Gebiet, sei immer ein Umweltbeauftragter anwesend.

TOP 6 Umlage der Planungskosten für den Straßenausbau auf die Anlieger - Antrag der Ortsratsmitglieder Cordes, Hölldobler, Proy

VorlNr.

OBM Lüttjohann spricht einleitend davon, dass jeder auf sein Recht bestehe, ausführende Organe jedoch auch an geltendes Recht gebunden seien.

BGM Weber spricht anschließend zum Sachverhalt des Antrages der drei Ortsratsmitglieder davon, dass also nun die erste Abschlagsrechnung eingegangen wäre, nämlich für den Bereich Am Schützenholz mit der Ausweisung von Planungskosten in Höhe von 14.000 €. Als Bürger verstehe er sehr gut, dass man versuchen möchte, die Kosten so gering wie möglich zu halten. Als Bürgermeister müsse er jetzt dazu eine etwas andere Meinung vertreten und gäbe folgende Erklärung ab: Es habe eine Kalkulation gegeben. Aufgrund dieser Kalkulation werde jetzt der erste Abschlag verlangt. Die Kosten der Straßen hätten die Anwohner ganz üblich mit zu zahlen. Auch wenn nicht jeder eine neue Straße haben wolle, sei auf der anderen Seite doch ein vernünftiges Straßenbild und Sicherheit zu gewährleisten. Diese 90 % der veranschlagten Kosten, von denen wiederum 90 % die Unterstedter Anlieger tragen müssten, würden laut Kalkulation 227.000 € ausmachen für den Bereich Am Schützenholz. Die in

den Rechnungen an die Bürger ausgewiesenen Planungskosten seien außerplanmäßig zustande gekommen und notwendig gewesen. Trotzdem sei der veranschlagte kalkulierte Betrag fast genau getroffen worden. Orientieren müsse sich die Verwaltung an das Beitragsrecht gemäß Baugesetzbuch, wonach alle notwendigen Kosten zur erstmaligen Herstellung einer Straße auf die Anlieger umgelegt werden und jeweils entweder auf den Ort oder die Stadt selber. Das beträfe auch die Planungskosten. Dies sei so ganz klar nachvollziehbar. Nun sei durch die Erkrankung des städtischen Mitarbeiters ein unabsehbarer Posten dazu gekommen. Ein Anhalten bzw. Stoppen der Baumaßnahmen mit Folgekosten hätte so niemand haben wollen. BGM Weber sei froh darüber, dass die unabsehbaren Kosten etwas reduziert werden konnten, so dass die ursprünglich kalkulierten Kosten fast eingehalten werden konnten. Froh sei er auch darüber, dass die Entstehung der Kosten transparent dargestellt worden sei, damit jeder Bürger es nachvollziehen könne. In anderen Städten würden selbstverständlich die innerhalb eines eigenen Amtes anfallenden Planungskosten umgelegt auf die betreffenden Anlieger. Dies sei in Rotenburg nicht geschehen. Es müsse Berechenbarkeit des Verwaltungshandelns geben. Dies sei hier auch so passiert. Die Kosten werden klar dargestellt im Rahmen des neuen Haushaltsrechtes, so z. B. zusätzlich angefallene Kosten für einen anderen städtischen Mitarbeiter in dem Bereich, aber nicht umgelegt. BGM Weber verweist bei diesem Großprojekt auf die intensive Arbeit der Verwaltung, die die Leistungsmöglichkeit der wenigen Planer der Verwaltung erschöpfe und an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit führe. Er sei froh, dass der Mitarbeiter jetzt nach längerer Krankheit wieder da sei; die Belastung sei über die Maßen gewesen. Planung und Umsetzung sei eine Riesenaufgabe. Auch die einzelnen Bürgerversammlungen haben ganz intensive Arbeit erfordert. Dies habe die Verwaltung dafür getan, dass die Anliegen der Bürger ganz individuell mit berücksichtigt werden konnten. Es gäbe keine andere Möglichkeit, als diese Planungskosten auch so dementsprechend abzurechnen; es sei nun mal Beitragsrecht und so müsse es auch dementsprechend eingefordert werden. Sonst würde er als BGM einen Rechtsverstoß begehen. Deshalb appelliert BGM Weber an die Vernunft aus der Runde heraus, durch die Transparenz nicht im Streit auseinander zu gehen, sondern dass man gemeinsam einen Beschluss fassen könne, dass dies solche außergewöhnlichen, notwendigen Kosten seien gemäß Baugesetzbuch, die von jedem Einzelnen in der gebotenen Weise auch anschließend zu 90 % bezahlt werden müssen.

ORM Hölldobler kommt noch einmal auf den Antrag. In der Sitzung am 26.11.2012 habe der damalige Bürgermeister Eichinger auf Nachfrage ausdrücklich betont, dass die Planung intern vorgenommen würde und dass dies die günstigste Lösung sei und dass keine zusätzlichen Kosten anfielen. Dann gehe er jetzt davon aus, dass der damalige Bürgermeister mit der Aussage einen Rechtsbruch begangen habe. Das müsse er so hinnehmen. Den Bürgern wurde das so gesagt. Als Nächstes habe man hier einen krankheitsbedingten Ausfall bei der ersten Straße. Die erste Straße werde jetzt mit den zusätzlichen Kosten belastet. Wie gehe es jetzt weiter in Unterstedt. Das halte er für einen ganz schlechten Stil, wenn eine Straße die Kosten bezahlen müsse, die andere Straße nicht. Dann bitte er, was die Kosten betrifft, die auf die Stadt zukämen, da der betroffene Mitarbeiter ein Angestellter sei und nach sechs Wochen aus der Lohnfortzahlung heraus falle und keinerlei Kosten für die Stadt entstehen, diese rauszunehmen. Oder man sagt generell, es werde jetzt generell alles eingerechnet, was die Stadt leistet; dann täte es ihm leid für den bisherigen Bürgermeister, der alle mit dem Satz beruhigt hat. Er sähe nicht die Gleichbehandlung der Straßen. Er halte es für einen ganz schlechten Stil, wenn es jetzt heiße, das, was damals gesagt worden ist, zähle jetzt nicht mehr. Damit könne er nicht leben. Und darauf ziele auch der Antrag: Es wäre sinnvoll, die Stadt sage: „Die Mehrkosten, die jetzt durch die Krankheit entstehen, übernehmen wir, weil das ein Problem ist, was wir intern zu klären haben.“ Das wären zusätzliche Kosten im Moment in Höhe von 14.000 €. Es stelle sich noch die Frage, ob das 100 % der Planungskosten seien oder von dem dann erkrankten Mitarbeiter gewisse Vorplanungen schon gegeben habe von ca. 27 %. D. h., die Planungskosten müssten dann entsprechend original höher sein. Er finde sich als Bürger hintergangen. Er könne damit leben, wenn sich das jetzt ändern sollte.

ORM Cordes meldet sich zu Wort. Er sei zum Einen als Bürger vertreten und zum Anderen als Ortsratsmitglied hier. Die Art und Weise, wie es im Vorweg abgelaufen sei, bis zum 21.7.

wäre für ihn sehr gut und sehr positiv gewesen; er wäre sehr beeindruckt gewesen davon, wie es von der Verwaltung abgelaufen sei. Er habe am 21.7. einen Brief an die Verwaltung geschrieben, der nicht beantwortet worden sei, in dem er schon auf die Problematik hingewiesen habe. Da wären so Fragen aufgetaucht, ob die Arbeiten an ein freies Büro vergeben und ob der Ortsrat gefragt würde und wer evtl. die Kosten für externe Büros bezahle. Für ihn stelle sich die Frage, wer den Auftrag an ein freies Büro gestellt habe und ob der Ortsrat rechtzeitig informiert worden sei. Er frage das ganz offen, weil er sich als Ortsrat hintergangen fühle und nicht rechtzeitig informiert worden sei und im Vorfeld von ganz anderen Gesichtspunkten ausgegangen sei. Es könne angehen, dass der Bürger jetzt vielleicht die gleichen Kosten habe, aber der Bürger habe im Vorfeld durch die ganzen Veranstaltungen dafür gesorgt, dass die Vorkalkulation um Einiges günstiger geworden sei. Zudem habe der Mitarbeiter eine gewisse Vorleistung getan und so bittet ORM Cordes auch, dass dies berücksichtigt werde. Bis jetzt sei man davon ausgegangen, dass man nichts mehr zusätzlich bezahlen müsse. Jetzt sei der Mitarbeiter wieder im Dienst. Habe das Unternehmen jetzt den Auftrag für alle Straßen bekommen? Er möchte vernünftige Antworten auf diese Fragen. OBM Lüttjohann fügt ein, dass in der letzten Sitzung des Ortsrates über den Stand des Straßenausbau informiert worden sei. ORM Cordes sagt, er sei in der Sitzung nicht anwesend gewesen, habe aber am 21.7. den Antrag gestellt, den auch alle Ortsratsmitglieder in Kopie erhalten hätten.

ORM Emshoff kann den Antrag der drei Antragsteller durchaus verstehen. Der Antrag sei fair und sachlich gestellt worden. Auf die Aussage von ORM Hölldobler bezogen könne er jedoch nicht erkennen, dass der frühere Bürgermeister Eichinger einen Rechtsbruch begangen habe. Auf den Antrag von ORM Cordes damals, ein externes Büro zu beauftragen, habe der ehemalige BGM Eichinger lediglich gesagt, dass er das nicht vorschlagen würde; das könne die Stadt selber machen. Das würde sonst teurer. Darauf habe der Ortsrat entschieden, der Stadt die Planung in die Hand zu geben, um Kosten zu sparen. Wie die Angelegenheit jetzt gelaufen ist, sei unglücklich. Dass die Anlieger angefasst seien, wenn diese von Kosten erfahren, von denen sie vorher nichts gewusst hätten, verstehe er. Er danke BGM Weber für die klare Aussage, dass das nun mal Baurecht sei. Das müsse man vielleicht akzeptieren. Jetzt sollte man vielleicht dazu kommen, diese entstandenen Kosten für das Planungsbüro auf das Gesamtkonzept Straßenausbau Unterstedt umzulegen. Es müsse weiter gehen, aber man müsse einen Weg finden, dass nicht der eine Anlieger bezahlen und der andere Anlieger nicht bezahlen müsse.

ORM Hölldobler möchte klargestellt haben, dass er dem ehemaligen Bürgermeister keinen Rechtsbruch unterstellt habe, sondern die Wortwahl im Zusammenhang mit der Aussage vom Bürgermeister Weber aufgegriffen habe. Aufgrund des Satzes wäre davon auszugehen, mehr nicht. Der damalige Bürgermeister hätte ein Versprechen gemacht, was er nicht hätte machen dürfen. ORM Emshoff sagt, dass der ehemalige Bürgermeister kein Versprechen gegeben hätte, sondern nur eine Frage beantwortet hätte laut Protokoll.

Erste Stadträtin Nadermann äußert dazu, dass sie zwar den Werdegang der Auseinandersetzung selber nicht mit bekommen habe, aber wenn es nur darum ginge, dass es günstiger sei für die Anlieger, wenn die Stadt die Planung übernimmt anstatt es verbe, dann sei es vollkommen klar. Nicht, weil es nichts kostet, wenn die Stadt es macht, sondern weil natürlich ein Büro Planungen nicht zum Selbstkostenpreis übernimmt, sondern weil es davon lebt, es wirtschaftlich sein muss und einen Gewinn abwirft. Nichts desto trotz sei es so, dass nicht nur Werk- und Dienstleistungen, die von Dritten erbracht werden, umlagefähig seien, sondern auch Leistungen, die die Stadt erbringt als Werk- und Dienstleistungen, wie z. B. diese Planungen prinzipiell umlagefähig seien. Dass dies in früheren Zeiten nicht geschehen sei, haben einen Grund darin, dass die Doppik, also die Haushaltsführung, wie sie jetzt in der Verwaltung Gang und Gebe sei, früher eben noch nicht eingesetzt wurde und erst auf Grundlage der Doppik sei es tatsächlich möglich, die Kosten, die durch bestimmte Projekte, die im Planungsbereich entstehen, auch ganz genau diesem Projekt zuordnen zu können. Von daher werden natürlich auch solche Kosten, auch wenn die Stadt die Leistung erbringe, umlagefähig sein und dann auch den Anliegern, genauso wie Leistungen Dritter, in Rechnung gestellt werden müssen.

BGM Weber möchte noch einmal auf die gefallenen Worte eingehen wie „hintergangen“. Was der damalige Bürgermeister Eichinger da gesagt habe „wenn wir das selber planen, wird es billiger“ sei auch so. Aber wenn die Stadt es nicht mehr selber planen könne und fremd vergeben müsse, zu dem Zeitpunkt habe auch niemand gewusst, ob oder wann der städtische Mitarbeiter wieder zum Dienst kommen würde, konnte die Alternative nicht sein, die Baumaßnahmen einzustellen. Die Stadt sei selbst von der außergewöhnlichen Entwicklung überrascht worden. Deshalb sei aber niemand hintergangen worden, sondern es werde lediglich so dargestellt. Diese außergewöhnlichen Kosten müssten aber mit berücksichtigt werden. Sie konnten jedoch vorher in der Kalkulation nicht mit berücksichtigt werden. Sie seien aber jetzt nun mal da. Man könne von Glück reden, dass im Bereich der Bauleistung eine Reduzierung erzielt werden konnte, woran die Stadt auch ganz intensiv gearbeitet hätte, so dass man noch ungefähr mit der Kalkulation hinkäme. Nur durch die Transparenz, die die Stadt jetzt darstelle, eine solche Diskussion zu haben, findet BGM Weber auch nicht ganz richtig. Er betone ausdrücklich, dass dies noch keine „Spitz- auf Knopf“-Abrechnungen seien, sondern das seien jetzt erst wieder aufgrund der Erwartungen allgemeine Kalkulationen. Daher würden auch erst mal nur 90 % der tatsächlich nachher anfallenden Kosten abverlangt, die umgelegt würden zu 90 % auf die Anlieger und 10 % auf den Ort. So werde es dann entsprechend eine Abschlussabrechnung geben. Die werde es schätzungsweise erst geben, wenn alle Straßen fertig sein werden; das würde dann etwa Ende 2016 sein, vielleicht ein bisschen früher. StAR Lohmann sagt dazu, dass es sein könne, dass nächstes Jahr die Schlussrechnung käme, er erfahrungsgemäß wahrscheinlich erst 2016 die endgültigen Abrechnungen vornehmen werden könne. Planungskosten seien noch beim Sägereiweg mit berücksichtigt worden. Die Anlieger hätten auch die Vorausleistungsbescheide erhalten. Die Maßnahme sei unterteilt worden in Regenwasserkanal und Straßenbau und im Großen und Ganzen in Bauabschnitte. 1. Bauabschnitt Kanal seien Sägereiweg, Am Schützenholz, Floorweg, Haferkamp und im Straßenbau der 1. Bauabschnitt Sägereiweg, Am Schützenholz, Haferkamp, ein Stück Floorweg und der Floorweg bis zur Bundesstraße. Das wäre der 1. Bauabschnitt gewesen, den die Stadt in Angriff genommen hätte. So sei es ursprünglich geplant gewesen. Dann sei der Kollege krank geworden und es wäre kein Planer für den Straßenbau mehr da gewesen. Es sollte aber weiter gehen, weil der Kanal schon langsam in die Gänge gekommen sei bezüglich Ausschreibung und Auftragsvergabe. „Das Ganze kann ja nun nicht stehen bleiben.“ Man habe sich bemüht um Ingenieurbüros im Zuge einer freihändigen Vergabe und HOAI-Angebote erhalten, nach der es neun Phasen gäbe: Grundlagenermittlung, Vor-, Entwurfs-, Genehmigungs- und Ausführungsplanung, vorbereitende Vergabe, Mitwirkungsvergabe, Bauoberleitung und Objektbetreuung. Da die Stadt nicht gewusst habe, ob bzw. wann der Mitarbeiter wieder kommt, habe man sich zunächst für Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, vorbereitende Vergabe und Mitwirkungsvergabe entschieden. Grundlagenermittlung und Vorplanung sei gar nicht vergeben worden, weil dies schon fertig gewesen wäre. Dafür fielen also keine Planungskosten an. Dies sei dann mit einem Ingenieurbüro für den gesamten Bereich durchgezogen worden; deswegen auch anteilige Planungskosten für Am Schützenholz für den 1. Bauabschnitt. Im Zuge des Vergabeverfahrens habe sich gezeigt, dass davon auszugehen sei, dass der Mitarbeiter in diesem Jahr nicht wieder kommen würde; daher sei dann der Anschlussauftrag ergangen für Bauoberleitung und Objektbetreuung, auch für diese vier Straßenbereiche, die dann auch mit diesem Ingenieurbüro zu Ende geführt würden. Wie sich das für den Heidhauerkamp, Hempberg, Stubbenkamp, Diers Wisch aufzeigen werde, könne StAR Lohmann noch nicht sagen, weil noch die gesundheitliche Entwicklung des städtischen Mitarbeiters abgewartet werden müsse. Aufgrund der Fürsorgepflicht sehe StAR Lohmann es für den Mitarbeiter besser, wenn der städtische Mitarbeiter seine Arbeit zurückhaltender dazu machen würde.

ORM Cordes fragt, wie es weiter gehe. Seine Frage sei schon fast beantwortet, ob es ein Gesamtauftrag für alle Straßen sei, dies sei es also nicht, ganz deutlich. Wenn die Stadt wirklich nur Phase eins bis drei berücksichtigt hätte, fände er es gut. ORM Cordes möchte Einsicht haben. Er habe trotzdem die Frage nach der gesamten Verfahrensweise. „Überlastung“ sagt StAR Lohmann dazu. ORM Cordes sagt, dass das so reiche und er sich seine Gedanken darüber machen werde.

ORM Proy sagt, dass erst die Fragen beantwortet werden sollten, die von ORM Cordes im Raum standen und StAR Lohmann zum Teil beantwortet habe. Die zweite Frage wäre, wenn der 2. Bauabschnitt komplett von Herrn Ahrens geplant werden sollte, ob dann diese Kosten, die im 1. Bauabschnitt angefallen sind, auf das gesamte Gebiet umgelegt würden. Erste Stadträtin Nadermann sagt dazu, dass das rechtlich nicht möglich sei.

ORM Emshoff sagt, dass der Antrag gestellt worden sei und zu Recht; und er sei diskutiert worden. Er kenne zwar das Baurecht nicht, aber wenn das Baurecht es nicht hergäbe, wäre es zwar unglücklich gelaufen, aber dann müsse es halt so gemacht werden. Dann müsse man in den sauren Apfel beißen und es halt so akzeptieren, so leid es ihm täte.

ORM Hölldobler: "Ist es völlig ausgeschlossen, dass der Stadtrat entscheidet, denn wir empfehlen ja nur, die zusätzlichen Kosten, die hier entstanden sind, zu übernehmen durch die Stadt, dass das dann rechtswidrig ist oder dass er das durchaus darf, weil es ist ja nicht verwerflich, den Bürger zu entlasten?" Zum Zweiten spreche er für sich selber, sie seien ja drei Antragsteller, bliebe dieser Antrag nach wie vor so bestehen von seiner Seite aus, wie er hier stehe, um dann entsprechend zur Abstimmung zu kommen und in den Stadtrat zu gelangen.

BGM Weber sagt zu der Frage von ORM Hölldobler, wie man ggfs. damit umgehen würde, wenn der Antrag im Ortsrat Zustimmung finden würde, obwohl es rechtswidrig wäre, würde man den anderen Unterstedtern die Kosten auferlegen, weil das ja dann auch vom Ortsrat mitgetragen werden müsste. Das wäre gesetzeswidrig, weil man eine Gemeinschaft dafür bestraft, dass hier eine Straße gebaut werden muss. Bei Anderen wären auch Straßen gebaut worden; die seien auch erstmals veranlagt worden. Deshalb müssten jetzt auch hier die Anlieger für ihre Straßen veranlagt werden. „Das ist rechtswidrig, wenn man dann Anderen diese Kosten auferlegen würde. Und da würden wir in einem Klageverfahren auch tatsächlich unterliegen. Und ich glaube, diesen Streit wollen wir in Unterstedt doch nicht haben. Deshalb werden wird das auch auf keinen Fall tun. Zweitens, was Herrn Ahrens angeht; wenn jemand ein halbes Jahr krank ist, dann ist es die Aufgabe auch seines/seiner Chefs/Chefin, dafür zu sorgen, dass Derjenige langsam wieder vernünftig arbeiten kann. Das wird uns sogar vorgeschrieben, ein behördliches Wiedereingliederungsmanagement.“ BGM Weber sagt Transparenz in der Abrechnung zu, damit Jeder auch ganz genau wisse, wofür er bezahlt. „Auch wenn es dann eine Diskussion gibt“, so BGM Weber.

ORM Cordes erwidert und meint, die Antragsteller würden alle ein bisschen persönlich angegriffen. Er müsse ganz deutlich sagen, dass es nicht angehen könnte, dass sie schuld wären, dass Herr Ahrens krank geworden sei. Das wären sie nicht. Sie hätten ihre Meinung gesagt und das dürften sie auch. Das halte er für eine Frechheit. BGM Weber sagt, dass er nicht ein Mal hier und heute gehört habe, dass die Antragsteller schuld seien.

ORM Hölldobler sagt, dass er mit seiner vorherigen Frage nicht gemeint habe, dass die entstandenen Kosten auf alle Unterstedter verteilt werden könnten, sondern ob es nicht möglich sei, dass die Stadt selber die Mehrkosten, die entstanden seien, übernehme. Das wäre klar, dass die Kosten nicht auf alle Straßen umgelegt werden. Das wollten sie auch gar nicht. Wenn es dann doch letztendlich so kommen würde, würden sie die Kosten zahlen. Dann wäre das in Ordnung. Er sähe da so ein bisschen eine Benachteiligung. Er wäre betroffen - Am Schützenholz; da wäre zuerst ausgebaut worden, weil der Schulbus wieder fahren soll. Das ist jetzt der Grund mit, dass sie die etwa 800 € mehr pro Haus bezahlen müssten. Er fühle sich dadurch eigentlich nur ein wenig benachteiligt gegenüber Anderen. Das wäre grundsätzlich alles; nicht mehr und nicht weniger.

Erste Stadträtin Nadermann sagt, wenn die Stadt die entstandenen Mehrkosten bezahlen würde, würde es ja im Grunde bedeuten, dass alle Bürger Rotenburgs dann die Kosten für die Planung übernehmen würden. Letztlich wäre es so, dass die Stadt ja überprüft würde, ob sie ihre Einnahmen auch vernünftig generiert; da würde das Rechnungsprüfungsamt wahrscheinlich einen ganz dicken Strich durch die Rechnung machen, wenn das Amt sehen würde, dass die Stadt bei bestimmten Positionen darauf verzichten würde, Umlagen für be-

stimmte Kosten beim Straßenausbau, die entstanden sind, von Denjenigen zu erheben, die eben dort die Anlieger in den Straßen seien.

ORM Emshoff sagt, dass Erste Stadträtin Nadermann damit alles gesagt habe. In Richtung ORM Hölldobler sagt er, dass die Antragstellung seiner Meinung nach nicht so durchgehen könne. Was ORM Hölldobler zum Schluss gesagt habe, sei okay. „Ihr fühlt euch benachteiligt. Und das dürft Ihr auch, glaube ich. Aber heute ist alles beantwortet.“ ORM Emshoff bedankt sich bei Erster Stadträtin Nadermann und BGM Weber und sagt: „Es ist einfach so wie es ist.“

OBM Lüttjohann stellt die Frage nach der Befangenheit.

Erste Stadträtin Nadermann antwortet, dass man schon dem Mitwirkungsverbot unterliege, wenn man selber betroffen sei und einen direkten Vorteil davon hätte.

ORM Hölldobler sagt, dass dann alle befangen wären, bei denen die Straßen ausgebaut würden. Erste Stadträtin Nadermann erwidert, dass es hier um einen ganz konkreten Antrag und um eine ganz konkrete Maßnahme ginge und nur diejenigen Personen, die den Antrag gestellt hätten und für die betreffenden Anlieger. Diejenigen dürften nicht mit abstimmen, die einen direkten Vorteil von der Entscheidung hätten. ORM Tiede sagt, dass die Rechtslage eindeutig sei; es sei nicht umlagefähig auf andere Gebiete. Es sei alles beantwortet worden. Er wisse im Moment nicht, worüber er abstimmen solle. ORM Emshoff fragt, ob der Antrag aufrecht erhalten werde. ORM Hölldobler sagt: „Der Antrag wird aufrecht erhalten mit dem Hinweis, dass die zusätzlich entstandenen Planungskosten und zukünftig entstehenden Planungskosten, das können wir ruhig mit reinnehmen, die durch Krankheit/Ausfall entstehen von Stadtbediensteten, dass die entsprechend von der Stadt übernommen werden.“ ORM Tiede findet, wenn der Antrag jetzt so aufrecht erhalten werde, sollten sie jetzt darüber abstimmen.

BGM Weber sagt deutlich, dass es um die Frage von Rechtstreue gehe. Sie könnten zwar rechtswidriges Verhalten abfordern, aber er würde sich das gut überlegen; wenn hier erklärt worden sei, dass es rechtswidriges Verhalten ist, dann rate er dringend davon ab, darüber entscheiden zu lassen, sondern eher den Antrag zurück zu ziehen. „Wir werden aber darüber, sage ich ausdrücklich, in Rotenburg auch diskutieren, was hier gewesen ist und im Verwaltungsausschuss werden wir das auch noch mal ausführlich besprechen, wie die Situation ist, damit Ihr auch wisst, dass das weiter erörtert wird und nicht nur hier im Raume bleibt.“

ORM Emshoff dankt dem BGM, dass er heute anwesend war wie heute bei so wichtigen Sachen. Es seien alle Fragen beantwortet, alles sei geklärt. Heute seien klare Aussagen getroffen worden. So leid es ihm täte, aber es sei nicht in Ordnung, den Antrag noch zu stellen.

ORM Cordes sagt in Richtung Bürgermeister, dass es sich vielleicht etwas komisch anhören würde, aber er den Antrag aufrecht erhalten würde, auch wenn er damit Rechtsbruch begehe. Ihm gehe es um die ganze Sache, wie sie abgelaufen sei. Darum stelle er den Antrag. Wie die Sache abgelaufen sei, sei er überhaupt nicht glücklich drüber. Wäre vielleicht ein bisschen dickköpfig. Erste Stadträtin Nadermann entgegnet, dass selbst wenn er verärgert wäre darüber, wie die Sache abgelaufen sei, die Stadt nichts daran ändern könne, weil die Angelegenheit in der Vergangenheit läge und nicht ungeschehen gemacht werden könnte. Auch wenn die Stadt noch so sehr wollte, dass sie sich so verhalten hätte, um ihn nicht zu verärgern, könne die Angelegenheit nicht rückgängig gemacht werden. Erste Stadträtin Nadermann plädiert dafür, in die Zukunft zu blicken und zu sehen, dass die Unklarheiten, soweit sie da waren, hier so gut wie möglich ausgeräumt worden seien und die weitergehenden Maßnahmen in Unterstedt nicht unter so ungünstige Vorzeichen zu setzen.

ORM Hölldobler sagt: „Da wir ein Gremium sind, welches nur Empfehlungen ausspricht, denke ich durchaus, dass wir diesen Antrag so stellen können. Die rechtliche Würdigung, wenn es denn eine erforderlich macht, die macht der Stadtrat von ganz alleine. Der ent-

scheidet dann mit entsprechenden Hinweisen, diesem Antrag kann nicht statt gegeben werden oder nicht, aus folgendem Grund, Punkt, Ende. Dann ist das vom Tisch. Ich kann nicht verstehen, dass wir unseren Antrag zurück nehmen sollen, nur weil es heißt, es ist so oder so.“

Auf die Frage von OBM Lüttjohann, ob das nicht rechtswidrig wäre, wenn dies als Empfehlung raus gehen würde, antwortet Frau Nadermann: „Wenn das Mitwirkungsverbot bestehen würde, wäre man schon an der Beratung gehindert. Wenn das Mitwirkungsverbot bestehen würde, wäre es verletzt, weil die beteiligten Herren an der Beratung teilgenommen haben.“

Der Ortsrat empfiehlt mit 5 Stimmen, den Antrag abzulehnen.

TOP 7 Weitere Nutzung der Ziegenwiese

VorlNr.

OBM Lüttjohann erläutert, dass die Ziegenwiese an der Alten Dorfstraße gegenüber von Herbert Lüdemann, sprich angrenzend an das Grundstück von Joachim Peters, von der Gemeinde käuflich erworben worden sei. Sinn und Zweck wäre gewesen, eine Bebauung zu verhindern. Jetzt gehe es darum, eine weitere Nutzung vorzulegen und wie man eine solche Wiese Ortsbild prägend erhalten könne. OBM Lüttjohann habe mit dem Landkreis telefoniert, um zu erfahren, ob es irgendwelche Mittel gebe, um die Wiese vielleicht als Streuobstwiese nutzen zu können oder die Ziegen weiter laufen könnten, wenn noch keine Absprachen mit dem vorherigen Pächter getroffen worden sind, was noch getan werden müsse. Aber wenn es einen Pachtvertrag gegeben habe, hätte der bisherige Pächter das Recht, die Wiese noch zwei weitere Jahre zu nutzen. Er sähe nicht, Schnellschüsse zu starten. Man könne sich mit dem Thema in Ruhe auseinandersetzen und etwas überlegen. Oder man sagt, die Wiese ist so Ortsbild prägend, dass man sie so erhält, wie sie ist, so OBM Lüttjohann.

ORM Cordes sagt, dass die Pacht von zwei Jahren wohl aufrecht erhalten werden müsse und wiederholt seine Aussage aus vorherigen Sitzungen, dass für Unterstedt dringendst, gerade für das Zentrum, einen Dorfentwicklungsplan gebraucht werde. Das sollte schnellstens angegangen werden. Und da wäre dann die Ziegenwiese mit enthalten. Deshalb sei er der Meinung, dass das jetzt etwas verfrüht sei.

ORM Emshoff kommt auf den Bürgersteig entlang der Ziegenwiese zu sprechen. Der Gehweg sei zehn Jahre lang nicht gepflegt worden. Jetzt müsse daran gedacht werden, dass das Grundstück in Eigentum der Gemeinde sei und der Bürgersteig gepflegt und gereinigt werde; dies sei Anliegerpflicht.

ORM Hölldobler fragt sich, warum dann dieser Punkt – von ihm mit – auf die Tagesordnung gekommen sei. Die Information, dass noch ein Pachtvertrag mit zweijähriger Nutzung bestehe, sei mal wieder nicht gekommen. Gerade was den Informationsfluss angehe, sei er verdammt angefasst. Es müsse so viel Vertrauen geben, dass alle sich an den OBM wenden, und dieser dann zur Stadt ginge; nicht wie es im Moment gemacht würde, das jeder sich an die Stadt wende, an den Bürgermeister oder so. Sie müssten wieder mehr zueinander finden und er möchte alle Informationen haben, und zwar alle, restlos, und nicht erst in der Sitzung informiert werden nach dem Motto, jetzt entscheide mal eben drüber. Wenn er was habe, dann werde er in Zukunft nicht bei StAR Lohmann anrufen, sondern würde direkt eine Mail an den Ortsbürgermeister schreiben, dass er sich darum kümmert, und der OBM habe ihn dann zu informieren, was dabei heraus gekommen ist. Das wäre eigentlich der richtige Meldeweg für den Ortsrat. Er könne sich vorstellen, dass auch die Verwaltung froh darüber wäre, wenn nicht alle Ortsratsmitglieder auf sie zukäme, und sie ja auch nicht die Einzigen wären; es gäbe ja noch andere Ortsräte. „Unsere Meldewege müssen flüssiger werden und informativer. Und wenn das noch so eine Kleinigkeit ist; wir müssen darüber informiert werden.“

OBM Lüttjohann sagt darauf, dass bei einer mündlichen Abmachung eine weitere zweijährige Nutzung Rechtsprechung sei, damit der alte Pächter die Gelegenheit haben müsse, sich was Anderem zu suchen. „Das ist auch hier kommuniziert worden.“ OBM Lüttjohann habe es jetzt auf die Tagesordnung setzen lassen, damit er so Jedem die Chance gebe, darüber zu sprechen, sich Gedanken zu machen. Damit das vor den Bürgern in der Öffentlichkeit transparent rüber gebracht werde. Wenn hin- und her gemailt würde, wäre das nicht transparent. Er mache das alles ehrenamtlich. Er wüsste nicht, wo er die ganze Zeit hernehmen sollte. Er halte das nicht alles für so wesentlich, dass das hin- und hergemailt werde. Es werde nicht mehr kommuniziert mit den Leuten, die etwas vielleicht interessiere. Da brächte man die Themen gar nicht mehr hin.

ORM Emshoff findet, dass der Punkt ruhig mal auf die Tagesordnung kommen könne, aber dass Jeder zu einer großen Rede aushole, gehe nicht.

BGM Weber sagt, dass es ihm darum gehe für mehr Miteinander zu sorgen, damit man mehr miteinander spräche. E-Mail-Verkehr sei ein gefährliches Kommunikationsmittel. Deshalb sollte man das auch nicht tun. Alles über den Filter Ortsbürgermeister laufen zu lassen, sei garantiert genauso verkehrt. Wenn BGM Weber eine Bürgersprechstunde mache, gelte das nicht nur für die Rotenburger, sondern für alle Bürger, für die Unterstedter, die Mulmshorner, die Waffensener und die Borcheler. „Sie können alle herzlich gerne zu mir kommen, um Ihr persönliches Anliegen vorzutragen, damit man dann auch versucht, gemeinsam eine Lösungsmöglichkeit zu finden. Wenn man dann mit Menschen aus der Verwaltung spricht, gebietet es die Höflichkeit, dass man auf manche Wörter auch ggfs. verzichten sollte.“ Das habe ihn in der letzten Zeit etwas umgetrieben; was er da alles habe lesen müssen. Man müsse vernünftig mit den Menschen umgehen. Denn davon habe man überhaupt nichts, wenn der Ein oder Andere nachher eingeschnappt sei und vielleicht sage, mit dem nicht mehr. Das wäre das Schlimmste, was passieren könne. Deshalb rate er dazu, auch im Ortsrat, mehr zueinander zu finden und miteinander umzugehen, und die Emotionen nicht immer so hochkochen zu lassen.

ORM Hölldobler sagt, dass es nicht darum gehe, dass Bürger Informationen nicht erfahren sollen. Es gehe darum, dass ein Ortsratsmitglied die Informationen im Vorfeld wisse, sich schon Gedanken machen könne und nicht erst in der Sitzung erfahre. Natürlich solle der Bürger wissen, was los ist, das sei keine Frage, nur ihm zu unterstellen, dass er durch eine E-Mail diesen Punkt abwürgen wolle, so dass der Bürger nicht erfahre, was los ist, sei völliger Blödsinn. Das habe er nie gesagt. Aber ihn hätte einfach der Hinweis interessiert, dass die Wiese noch zwei Jahre genutzt werden könne. Darüber sei nicht gesprochen worden.

ORM Cordes sagt, dass er sich auch im Vorfeld Gedanken gemacht habe, ob es richtig sei, dass Jeder im Einzelnen bei der Verwaltung anrufe. Er spricht sich dafür aus, zu komprimieren und regt eine Arbeitsteilung an. Das würde auch die Verwaltung entlasten.

TOP 8 Vergabe für die Planung Umbau MZH

VorlNr.

OBM Lüttjohann sagt, dass ORM Cordes schon eine grobe Planung vorgestellt habe. OBM Lüttjohann habe mit der Verwaltung gesprochen, mit BGM Weber, StAR Bumann und StOAR Bruns. Es ginge auch um die finanziellen Mittel, die in den Haushalt eingestellt werden müssten. Eine Summe von 40.000 € wäre schon eingestellt gewesen, die in 2015 auch dafür verwendet werden könnte. Jetzt würde jedoch noch mal eine weitere Summe von rd. 80.000 benötigt. Man habe sich ja vorgestellt, das in verschiedenen Bauabschnitten zu machen. Man habe mit Frau Stein überlegt, ob die WC-Anlage wirklich so gebaut werde soll. Eigentlich seien im MZH genügend Toiletten vorhanden, so dass man an der Stelle Kosten eindämmen könne, um den vorhandenen WC-Bereich auch noch mal etwas neuer zu gestalten. Unterstedt habe schon die Kosten für den Straßenausbau. Man müsse anfangen, zu haushalten. Man habe mit dem MZH schon eine sehr gute Anlage, die in einigen Bereichen überarbeitungsbedürftig sei. Neues müsse auch wieder unterhalten werden.

ORM Cordes verdeutlicht noch einmal zu den Kosten, dass gesagt worden war, in Bauabschnitt 1 und 2 Mehrzweckraum und Küche zusammen zu fassen, was schon 75.000 € ausmache, und danach wollte man den überdachten Freisitz, Außen-WCs und die Bestuhlung nachziehen. OBM Lüttjohann sagt, dass die Bestuhlung als Unterhaltungsmaßnahme so nicht zu finanzieren wäre.

ORM Tiede fragt, ob über die Vergabe der Planung gesprochen werde oder die Vergabe der Bauleistung.

ORM Cordes schlägt die Bauantragsphase vor, damit das Projekt in Gang komme, denn dies würde auch zwei, drei Monate dauern beim Landkreis. OBM Lüttjohann ergänzt: „mit Planung und Ausschreibung.“

ORM Tiede möchte dies etwas deutlicher haben und fragt, welche Leistung jetzt vergeben werden soll. OBM Lüttjohann verdeutlicht: „Die Planung.“ ORM Tiede hakt nach: „Nach Vergabe-Richtlinien?“ OBM Lüttjohann bejaht das. ORM Tiede äußert, dass die Vorgabe des Rechnungsprüfungsamtes vorsehe, dass dies dem Wettbewerb gemäß zu erfolgen habe. StAR Lohmann sagt, dass es mehrere Planungsphasen gäbe.

ORM Cordes fragt, wie jetzt verfahren werde; ob öffentlich ausgeschrieben würde, mit drei Architekten.

ORM Tiede antwortet, dass die Vorgaben des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises ganz eindeutig seien – Wettbewerb, unabhängig von den Summen, bei freiberuflichen Leistungen.

ORM Hölldobler hat eine Verständnisfrage: Ob jetzt nicht bis zum Bauantrag alles durch ORM Cordes vorbereitet werden könnte, weil noch zwei weitere Architekturbüros dazu genommen werden müssten, die ebenfalls Planungen vorstellen und wonach dann das Kostengünstigste ausgewählt werden müsste.

ORM Tiede sagt, dass das so nicht ganz richtig sei. Die Frage sei, wo man jetzt gerade stehe.

ORM Hölldobler verdeutlicht, dass die Zeichnungen fertig seien.

Erste Stadträtin Nadermann fragt, ob den schon eine qualifizierte Kostenschätzung vorläge. ORM Cordes äußert: „Eine Schätzung nach DIN 276 noch nicht. Wir haben eine Baukostenschätzung, die basiert darauf, dass man die einzelnen Gewerke durchgerechnet habe; die ist eigentlich noch konkreter. Da sind wir schon eher bei einer Berechnung.“

OBM Lüttjohann formuliert die weitere Vorgehensweise. ORM Cordes solle sich mit StAR Bumann in Verbindung setzen, um Weiteres abzuklären. Dann würde das Prozedere mit den zwei weiteren Architekten zur Angebotsabgabe durchgeführt. Im Januar werde dann die Entscheidung getroffen, an wen der Auftrag ergeht.

ORM Emshoff fragt, ob der Arbeitskreis weiter eingebunden bleibe. Es sei ganz wichtig, dass Wünsche auch berücksichtigt würden. OBM Lüttjohann antwortet, dass die Planung so weit vorgestellt worden wäre. Wenn noch weiterer Bedarf wäre, könne man das auch noch kommunizieren.

Beschluss:

Der Ortsrat beschließt mit 7 Ja-Stimmen, den Stadtplaner StAR Bumann zu beauftragen, zwei weitere Angebote einzuholen und in der Sitzung des Ortsrates im Januar 2015 über die Auftragsvergabe zu beschließen. Ein Ortsrats-Mitglied nimmt wegen Befangenheit nicht an der Beschlussfassung teil.

Beschluss:

Der Ortsrat beschließt einstimmig, dem Antrag auf Nutzung des MZH unter Vorbehalt zuzustimmen; sollte die Nutzung des Raumes zu dem angegebenen Zeitpunkt nicht möglich sein, wird die Nutzung des Schirmes genehmigt.

TOP 10 Unterstedter Termine 2015

VorlNr.

OBM Lüttjohann richtet ein großes Lob an ORM Proy für die Erstellung der Termine für Unterstedt für das Jahr 2015.

ORM Proy sagt, dass die Aufstellung rechtzeitig verschickt worden sei und der Punkt auf die Tagesordnung gekommen sei. Die von StAR Lohmann übermittelten Termine des Ortsrates für 2015 seien mit eingearbeitet und heute noch einmal als Vorlage an die Mitglieder des Ortsrates übergeben worden. Außer des fraglichen Termins der Ortsrats-Sitzung im August (Sommerpause) gäbe es keine weiteren Veränderungen, so dass der Termin-Kalender so in Unterstedt verteilt werden könne.

RF Roß-Luttmann bittet darum, dass zu Protokoll genommen werde, dass sie an den Sitzungen im Februar, März, Juli, September sowie Oktober nicht teilnehmen könne, da zeitgleich Plenums-Sitzungen des Landtags stattfinden würden. Sie bittet sie dann zu entschuldigen.

TOP 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen der Ortsratsmitglieder

VorlNr.

Mitteilungen:

TOP 11.1 Spielplatz-Gutachten

VorlNr.

StAR Lohmann teilt mit, dass das Gutachten zum Spielplatz eingetroffen sei. Es ließen sich daraus keine Einschränkungen und Sanierungsmaßnahmen ableiten. Aufgrund des Umfangs werde das Gutachten zur Einsicht dementsprechend ins Internet eingestellt.

TOP 11.2 Kulturpfad - gelöste Schrauben

VorlNr.

OBM Lüttjohann berichtet von gelösten Schrauben/Fugen am Kulturpfad. StAR Lohmann sagt dazu, dass die Fa. benachrichtigt worden sei und die sich das angucken würde. Falls noch weitere Standorte des Kulturpfades betroffen seien, bitte er um Mitteilung, sodass es der Fa. erleichtert würde, nur einen oder wenige Standpunkte anzufahren oder alle.

TOP 11.3 Bank MZH in desolatem Zustand

VorlNr.

OBM Lüttjohann berichtet von der Bank am Mehrzweckhaus. Da habe ORM Hölldobler nicht ganz Unrecht; die sei in einem desolaten Zustand. Darüber habe OBM Lüttjohann aber schon im Sommer mit dem Bauhof gesprochen. Vom dem hätte er die Auskunft bekommen, dass sie Schrott sei und weg könne. Der Meinung wäre er eigentlich nicht, sagt OBM Lüttjo-

hann. Allerdings könne er kleine Handreichungen zwar gerne machen, aber dafür bräuchte er doch ein Okay.

TOP 11.4 Linden am MZH

VorlNr.

OBM Lüttjohann sagt, dass man sich Gedanken darüber machen müsse, was man haben wolle: ob man alles kahl haben wolle und nur Beton, die Linden am Mehrzweckhaus weg sollen oder für die nächsten 20 Jahre stehen bleiben. Linden seien keine Flachwurzler und würden so immer wieder Pflaster hochdrücken. Er habe schon mal selber Hand angelegt am Feuerwehrhaus und Platten angehoben und Stellen plan gemacht.

TOP 11.5 Entfernung der Bäume Am Schützenholz; zusätzlich 2 Birken im Heidhauerkamp

VorlNr.

StAR Lohmann berichtet, dass die Entfernung der Bäume Am Schützenholz im Verwaltungsausschuss beschlossen worden sei. Zwischenzeitlich hatte sich noch etwas mündlich ergeben zu zwei Birken im Heidhauerkamp. Es sei mit beschlossen worden, auch diese Bäume zu entfernen. Dieses werde mittelfristig erfolgen.

TOP 11.6 Laubcontainer

VorlNr.

OBM Lüttjohann berichtet, dass der Laubcontainer laufend ausgetauscht werde. Die beschädigte Auffahrtrampe sei kurzfristig von ihm repariert worden. Im Ortsrat ist man sich einig, dass weiterhin kleinere bzw. kurzfristig notwendige Maßnahmen auf dem kleinen Dienstweg erledigt werden können.

TOP 11.7 TouROW-Anfrage

VorlNr.

BGM Weber berichtet davon, dass der Touristikverband TouROW bei der Stadt angefragt hätte, ob Rotenburg mit den Ortsteilen bei der Darstellung von 99 schönen Orten im Internet vertreten sein möchte. Waffensen und Mulmshorn hätten sich dagegen entschieden. Jede Seite, die man aufbringen möchte, solle 100 € kosten. Eigentlich hätten eher die Gastronomen was von der Aktion. Da ziemlich kurzfristig entschieden werden musste, um den Einsendeschluss nicht zu verpassen, hätte BGM Weber die Entscheidung getroffen, dass Rotenburg gemeinsam mit den Ortsteilen mit mehreren Fotos vertreten sein soll. Die Kosten würde die Stadt übernehmen. Unterstedt müsste nun entscheiden, was im Internet an Bildern/Fotos erscheinen solle. Darüber müsse beraten werden und von OBM Lüttjohann eine Mitteilung erfolgen.

TOP 11.8 Nord-Pfade

VorlNr.

OBM Lüttjohann berichtet, dass die neuen Wanderwege "Nordpfade" ausgewiesen worden seien. In Absprache mit dem „Waldhof“ solle dort eine Tafel aufgestellt werden. OBM Lüttjohann finde dies eine gute Gelegenheit, dass Unterstedt mit der Gastronomie und den Betrieben dargestellt und wahrgenommen werde.

Anfragen:

TOP 11.9 Linden am MZH - Vorschlag

VorlNr.

ORM Hölldobler schlägt vor, in der nächsten Sitzung darüber zu entscheiden, was mit den Linden am MZH geschehen soll. Er sehe das als echtes Problem, weil die Leute abends im Parkplatzbereich und Durchgang stolpern würden, weil dort tatsächlich Pflaster hoch käme. Er schlage vor, die Bäume zu entfernen und was Neues zu pflanzen.

TOP 11.10 Straßenausbau - Abschnitts-Eröffnung

VorlNr.

ORM Hölldobler würde höchsten Wert darauf legen, dass wenn die Straßen fertig gestellt sind im Einzelabschnitt eine „Schnitt-Eröffnung“ zu machen.

TOP 11.11 Verschwenkung

VorlNr.

ORM Hölldobler bittet StAR Lohmann, am Ende der Sitzung ganz kurz etwas zum Thema Verengung und die damit zusammen hängende leichte Verschwenkung bei Pahnke zu erläutern. StAR Lohmann kommt gleich darauf zu sprechen und erläutert: Der Plan sei Allen zugeschickt worden. Darin sei deutlich zu erkennen, dass die Fahrbahn von 4m auf 3,25m enger werde, dass die Einengung dort 1,50m sei; wer rechnen könne, käme drauf, dass es keine 4m seien, und dass dann die Fahrbahn insgesamt ein wenig versetzt werden müsse; dennoch sei es eine Verengung. Aber die Hauptachse, die Mittelachse der gesamten Fahrbahn bleibe gradlinig. Das sei an den Ausbauplänen genau zu erkennen. ORM Cordes fragt, ob das mit Verkehrsunternehmen so abgestimmt sei. StAR Lohmann sagt, dass ein Planer dabei gewesen sei und der habe das nach dem Stand der Technik geplant. ORM Cordes möchte im Protokoll vermerkt haben, dass Bedenken da waren, ob das so okay sei. Bürger hätten gefragt, ob da vernünftig ein Bus durch fahren könne.

TOP 11.12 Lampenschirme

VorlNr.

ORM Cordes sei aufgefallen, dass die Schirme fast aller Leuchten immer kaputt seien. Es könne nicht angehen, dass die immer alle kaputt seien. Er bittet zu überprüfen, ob die zu tief hängen.

TOP 11.13 Ausbesserung der Fahrbahn im Bereich Ohlsen

VorlNr.

ORM Proy richtet vielen Dank an die Stadt, dass gleich am nächsten Tag nach der Sitzung des Ortsrates die Fahrbahn im Bereich Ohlsen ausgebessert worden sei. Das müsse noch einmal gemacht werden, da dort schon wieder tiefe Löcher seien. ORM Puttkammer kann berichten, dass das gerade repariert würde. ORM Proy: „Vielleicht kann das Fa. Gerken einmal nächste Woche machen.“

TOP 11.14 Zirkus auf altem Sportplatz

VorlNr.

ORM Proy findet es nicht so gut, dass Mitte Oktober ein Zirkus auf dem alten Sportplatz zugelassen worden sei. Der Platz am MZH wäre besser geeignet. Die Tiere würden da auf dem Sportplatz grasen und am nächsten Tag würden die Kinder wieder Fußball dort spielen.

OBM Lüttjohann sagt, dass er die Zustimmung erteilt hätte, als er einen Anruf bekommen hätte. Im Nachhinein habe er festgestellt, dass es eigentlich sinnvoller wäre, zu sagen, dass sie zum Platz am MZH gehen. Da wäre der Stromkasten, Wasser etc.

Für die Zukunft solle es nur am MZH zugelassen werden oder gar nicht, sagt ORM Proj.

TOP 11.15 Gewährleistung der Müllabfuhr während des Straßenausbaus VorlNr.

RF Roß-Luttmann fragt, ob die Müllabfuhr gewährleistet sei während des Straßenausbaus. StAR Lohmann antwortet darauf, dass das immer gewährleistet werde. Wenn es zu schwierig sei, sei es immer eine Vorgabe, dass die Baufirma die Behälter an einen Standort stelle, wo das Fahrzeug hin käme.

TOP 11.16 Seitenraum Straße zur Bohrstelle VorlNr.

ORM Emshoff berichtet, dass der Seitenraum in der Straße von Holtermann zur Bohrstelle mittlerweile sehr tief ausgefahren sei und man nicht mehr ausweichen könne. Man müsse mal darüber sprechen, wie man die Straße wieder passierbar machen könne. OBM Lüttjohann sagt dazu, dass er mit BGM Weber über die neue Straße Grafel Richtung Unterstedt gesprochen habe und dass die Stadt in Zukunft bitte den Seitenraum ausschottern müsse. StOAR Bruns hätte gesagt, dass die Stadt den Seitenraum eigentlich sowieso immer hätte ausschottern müssen. So hätte Unterstedt die nächsten 10 Jahre was gut, so OBM Lüttjohann.

TOP 11.17 Nachfrage bei den Stadtwerken nach Leuchtmitteln Am Westermoor VorlNr.

OBM Lüttjohann bittet darum, bei den Stadtwerken nachzufragen, warum an den Laternen Am Westermoor noch keine neuen Leuchtmittel installiert sind.

TOP 11.18 Schnitt am Regenrückhaltebecken VorlNr.

ORM Cordes fragt, ob es am Regenrückhaltebecken so weiter wachsen soll. OBM Lüttjohann meint sich zu erinnern, dass es nach Prüfung nicht so kurz geschnitten werden dürfe. Dies soll noch einmal überprüft werden.

TOP 11.19 Frage nach kompletter Umstellung auf LED VorlNr.

ORM Cordes fragt, ob alle Leuchtmittel ausgetauscht worden wären.

OBM Lüttjohann schließt die Sitzung um 22:36 Uhr.

gez. Ortsbürgermeister

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.